

4143/AB XX.GP

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Wien, am 10. Juli 1998

GZ 61 1000/43 - Präs.1/98

Die Abgeordneten zum Nationalrat Johann Schuster und Kollegen haben am 15.5.1998 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 4433/J betreffend "Rückgang der Geburtenzahlen" gerichtet. Ich beehre mich, diese wie folgt zu beantworten:
ad 1

Mir sind die Veröffentlichungen des Statistischen Zentralamtes (ÖSTAT) sowie des Instituts für Demographie und der IISA (Univ.Doz. Dr. Wolfgang Lutz) bekannt. Darüber hinaus sind auch seitens meines Ressorts Arbeiten zu diesem Themenbereich in Auftrag gegeben worden, wobei insbesondere nachfolgend angeführte Berichte und Studien zu nennen sind:

- der Länderbericht zur Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) der UN 1994 in Kairo,
- die Studie Familie und Familienpolitik in Österreich - Wissen, Einstellungen, offene Wünsche, internationaler Vergleich (Gisser, Holzer, Münz, Nebenführ), Wien 1995 und
- der umfangreiche Familien - und Fertilitätssurvey (FFS) 1996.

ad 2

Alle in diesem Bereich tätigen Autoren versuchen, mögliche Gründe für die beobachteten Phänomene anzuführen. Neben dem Trend zum Individualismus, der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Frauen, instabilen Partnerschaften, Konsumverhalten und Zeitverwendung sowie verbesserten Möglichkeiten der Empfängnisregelung werden auch ökonomische Unsicherheit und Zukunftsängste als Gründe angeführt.

ad 3

Wolfgang Lutz - Autor zahlreicher wichtiger demographischer Arbeiten - ist der Meinung, daß es derzeit keine überzeugende Fertilitätstheorie gibt und keine klare Aussage über die Auswirkungen politischer Maßnahmen auf die Geburtenentwicklung getroffen werden kann.

ad 4

Neben der Sicherstellung von ökonomischen Ressourcen für die Familien ist es mir ein großes Anliegen, Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Gesellschaft zu schaffen. Dazu gehören Arbeitszeiten für Mütter und Väter, die Familie und Beruf für beide Elternteile ohne permanente Überforderung lebbar machen. Dies ist ein Wunsch, der in allen neueren Studien zum Kinderwunsch (z.B. FFS) stark zum Ausdruck kommt. Gute Vereinbarkeitsregelungen haben in den skandinavischen Ländern zu den europaweit höchsten Geburtenraten geführt.

Die ökonomische Absicherung der Familien stand auch hinter der bereits beschlossenen vorgezogenen Familiensteuerreform, die den österreichischen Familien ab dem Jahr 2000 insgesamt 12,6 Mrd. öS bringen wird.

ad 5

Ich stehe mit der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucher -
schutz über weitere Maßnahmen im Zuge der Familiensteuerreform, vor allem über
verbesserte Vereinbarkeitsregelungen (KUG - Valorisierung, Kinderbetreuungsmillio -
nen etc.) in Verhandlung.